

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 40	S0071/16	29.03.2016
zum/zur		
A0027/16 Fraktion DIE LINKE		
Bezeichnung		
Schaffung von zwei Stellen für zusätzliche Lehrkräfte an der Volkshochschule Magdeburg		
Verteiler	Tag	
Der Oberbürgermeister	06.04.2016	
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	03.05.2016	
Finanz- und Grundstücksausschuss	04.05.2016	
Stadtrat	19.05.2016	

Der Stadtrat möge beschließen:

An der Volkshochschule Magdeburg werden (zunächst befristet auf zwei Jahre) schnellst möglich zwei zusätzliche Stellen genehmigt:

2 (VZÄ/Vollzeit-)Stellen Lehrkraft Deutsch im Bereich der Volkshochschule (Eingruppierung analog der anderen Lehrkraftstellen).

Die VHS hat beim FB 01 einen Antrag auf Besetzung zweier Stellen für die Planung, Organisation, Durchführung und Verwaltung von zusätzlichen Integrationskursen gestellt. Es handelt sich um folgende Vollzeitstellen:

- Hauptberufliche/r Pädagogische/r Mitarbeiter/in (EG11)
- Verwaltungskraft (EG6)

Beide Stellen wurden für eine befristete Besetzung vom 01.07.2016 bis 30.06.2018 beantragt. Die Finanzierung der Stellen erfolgt durch Kostenerstattung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für die Durchführung von Integrationskursen. Eine ausführliche Begründung liegt dieser Stellungnahme als Anlage bei.

Nach formloser Beantragung vom 03.02.2016 wurden die notwendigen Unterlagen dem FB 01 auf Anforderung am 02.03.2016 vollständig übergeben. Der Antrag ist inzwischen vom FB 01 bearbeitet und befürwortet worden, die Stellenausschreibungen sind für die 12. KW vorgesehen.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE bezieht sich u. a. auf einen Volksstimme-Artikel vom 29.02.2016, in dem die Rede von zwei beantragten Stellen ist.

Hierbei handelt es sich um die o. g. Stellen mit folgenden Aufgabenprofilen:

Der/die hauptamtliche pädagogische Mitarbeiter/in ist für die Organisation, pädagogische Begleitung und Evaluation der zusätzlichen Integrationskurse sowie weiterer unterstützender pädagogischer Maßnahmen zuständig. Dem/der Stelleninhaber/in obliegt die Verantwortung für die Organisation und Durchführung der notwendigen Prüfungen, die Beratung und pädagogische Begleitung der Lehrkräfte sowie die pädagogische Beratung und Einstufung der Teilnehmenden.

Darüber hinaus gehört eigene Unterrichtstätigkeit im Umfang von ca. 10 Ustd. pro Woche und Mitarbeit in Fachgremien zu den stellenbezogenen Aufgaben.

Der/die Verwaltungsmitarbeiter/in ist für die abschließende Bearbeitung der Anmeldungen der Teilnehmenden, den gesamten teilnehmerbezogenen Zahlungsverkehr, die Abrechnung der Kurse gegenüber dem BAMF, die Fahrtkostenerstattung, Prüfungsanmeldung, Bescheinigungen, Anträge auf Kostenbefreiung, Erstellen der Kursunterlagen und Dokumentation der Anwesenheit zuständig.

Es handelt sich also abweichend vom Antrag A00027 nicht um zwei Stellen für **Lehrkräfte**, wobei eigene Lehrtätigkeit eine Teilaufgabe für die Stelle Hauptberuflich/er Pädagogische/r Mitarbeiter/in sein wird.

Aus Sicht der VHS muss ein Aufbau zusätzlicher Kapazitäten für Integrationskurse vor allem auf Ebene des pädagogisch-planenden Personals sowie des Verwaltungspersonals erfolgen, um dem hohen Planungs-, Betreuungs- und Beratungsaufwand sowie den umfangreichen Dokumentations- und Abrechnungspflichten im Zusammenhang mit den Integrationskursen gerecht zu werden. Eine Anstellung von Lehrkräften wäre nicht geeignet, die Kapazitäten zur Durchführung von Integrationskursen in gleichem Maße zu erhöhen.

Aus der Netzwerkarbeit mit anderen Magdeburger Integrationskursträgern ist bekannt, dass Kapazitätserweiterungen auch von diesen Trägern erwogen werden. In Anbetracht der rückläufigen Zuweisungen von Flüchtlingen und der Unwägbarkeiten der politischen Entwicklungen bleibt abzuwarten, inwieweit die erweiterten Kapazitäten für die Durchführung von Integrationskursen in der Landeshauptstadt weiter ergänzt werden müssen.

Auf Grundlage des gegenwärtigen Kenntnisstandes betrachten wir daher die Einrichtung der zwei o. g. Stellen als vorrangigen und notwendigen Schritt, um die Kapazitäten der VHS dem Bedarf an Integrationskursen anzupassen.

Prof. Dr. Puhle

Anlage:
Begründung zum Antrag